



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

548 (24.11.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-319028](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-319028)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (Annahme-Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Morgenblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

70 Pfennig monatlich, Bringenlohn 30 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postausschlag 2/4 3/4 pro Quartal, Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate:

Die Colonat-Beile . . . 25 Pfg. Auswärtige Inserate . . 30 Die Reklame-Beile . . . 1 Mark

Nr. 548.

Mittwoch, 24. November 1909.

(Abendblatt.)

Politische Uebersicht.

Mannheim, 24. November 1909

Die Reichstagswahl in Landsberg-Soldin.

Von den Parteien und Blättern nationaler Richtung wird das Eintreten der Nationalliberalen für den konservativen Kandidaten in Landsberg aufs lebhafteste begrüßt und als nationale Pflichterfüllung aufgefaßt. So schreibt die „Nat. Lib. Korresp.“:

Die Wahl in Landsberg-Soldin hat, dank der nationalliberalen Stichwahlunterstützung, mit dem Sieg des konservativen Bewerber geendet. Wir freuen uns sehr, weil wir mit den Parteifreunden in Landsberg-Soldin der Ansicht waren, daß hier alle Bedenken zu schweigen hätten; daß es einfach Pflicht der bürgerlichen Parteien war, für die Stichwahl sich zu gemeinsamer Schlichtordnung zu formieren. Die Konservativen aber, scheint es, hätten allen Grund, sich die Differenz ihrer geistigen Siegeskraft als ernstes Kennzeichen zu merken. In einem Wahlkreis, der zu 80 Prozent agrarisch ist, haben sie nicht der unter solchen Umständen recht befriedigenden Mehrheit von 1100 Stimmen den Sieg errungen. Wo ihnen noch 1907 die absolute Mehrheit zufiel, ist jetzt die Sozialdemokratie mit einem namhaften Expedienten ihnen bedenklich — schier auf Schwerte — nahegerückt. Die Herren, die so freudig im Materielesen an andere sind, sollten in einer stillen Stunde einmal mit sich selbst zu Rate gehen, ob sie auf dem rechten Wege waren und sind.

Ganz anderer Auffassung ist selbstverständlich das „Berl. Tagebl.“, das, allein aller politischen Weisheit voll, gar großartig und herrlich gegen die Nationalliberalen wettert und auch mit den Freisinnigen nicht durchaus zufrieden ist. Sehr hübsch und fein wird ihm von der „Tägl. Kampfschau“ gedient:

Der konservative Kandidat hat danach gegen einen Zuwachs von fast 3000, „Genosse“ Baezel einen solchen von 3000 Stimmen erhalten. Die liberalen Stimmen haben sich also fast zu gleichen Teilen beiden Kandidaten zugesandt. Da Gutschke'scher Schöppe gleichzeitig auch von der Nationalliberalen aufgestellt war, wird man annehmen dürfen, daß die Nationalliberalen für den konservativen, der größte Teil der Freisinnigen nach der von der Freisinnigen Vereinigung ausgesprochenen Parole für den Sozialdemokraten einstimmig. Das „Berl. Tagebl.“, dessen Kabarettstil hier wieder einmal Schiffbruch erlitt, bemerkt dazu: „Unbestreitbar ist, daß auch „liberale“ Wähler für Herrn Gutschke eingetreten sind, und diesen Beuten muß man ins Stammbuch schreiben, daß sie einen eigentümlichen Liberalismus und eine bedauerliche Mangel an politischem Sinn gezeigt.“ Somit besitzen also die Herren von „B. L.“ den allein echten „politischen“ Sinn; sie werden das solange behaupten, bis sie es selber glauben.

Zimmerhin nicht unbeachtlich, wie man in der Berliner Diplomatensprache sagt, scheinen und einige Schlussfolgerungen die die „Allgemeine Korrespondenz“ aus der Wahl zieht. Sie schreibt:

„Man muß sich mit der Tatsache abfinden, daß wir uns in einer Periode enormer gegenseitiger Verbitterung der bürgerlichen Parteien befinden. Von dem Vorwurfe, dieier Verbitterung durch aktive oder latente Unterstützung der Sozialdemokratie Ausdruck zu geben, ist keine einzige bürgerliche Partei freizusprechen. Das Zentrum hat damit angefangen, indem es im Wahlkreis Neustadt-Landau den sozialistischen Bewerber in der Stichwahl durchbrachte. An diese Tatsache

möchten wir beiläufig Herrn Buchen erinnern, der kürzlich in einem Artikel im „Tag“ ganz naiv fragte, wann wohl in letzter Zeit das Zentrum die Sozialdemokratie unterstützt hätte. Die Freisinnigen sind in Koburg und Landsberg-Soldin zum Teil ihrer Pflicht als bürgerliche Partei nicht eingedenk gewesen. Die Nationalliberalen haben im Großherzogtum Baden die Sozialdemokratie unterstützt. Die Konservativen haben bei den Landtagswahlen in Sachsen in dem einen oder anderen Wahlkreis, beispielsweise in Leipzig 3 ihre Schuldigkeit als bürgerliche Partei nicht voll erfüllt, und ob sie bei der in den nächsten Tagen stattfindenden Reichstagswahl in Halle ebenso wie im Jahre 1907 den letzten Mann an die Wahlurne herantreiben werden, wollen wir noch bezweifeln. Vorwürfe haben also schon darum keinen Zweck, weil keine Partei ein völlig reines Gewissen hat. Außerdem kommt man ja auch mit Vorwürfen nicht weiter, sondern die Hauptfrage ist, rechtzeitig Vorzüge zu treffen, daß bei den allgemeinen Wahlen von 1912 die Stimmung der bürgerlichen Parteien gegeneinander eine bessere ist. Vom Zentrum ist nichts Gutes zu erwarten, für diese Partei ist die Unterstützung der Sozialdemokratie schon zur geheiligten Tradition geworden. Wohl aber wäre es möglich, daß Konservative und Liberale einander wieder ebenso unterstützen wie 1907 und dadurch einen großen Wahlsieg der Sozialdemokratie hintanhalten, wenn sie sich einander wieder annähern. Die Voraussetzung für diese Annäherung ist freilich, daß die Konservativen einer maßvollen Wahlreform in Preußen keinen schroffen Widerstand entgegenstellen. Das zu verlangen, ist das gute Recht der Liberalen, nachdem sie bei der Finanzreform unerhört behandelt worden sind.“

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Wie nicht anders zu erwarten, haben die letzten Wahlerfolge der Sozialdemokratie aus allen Winkeln die Rufe nach einer gewaltsamen Unterdrückung der „Umstürzler“ hervorgerufen. Solange Herr Wilam Reichskanzler war, haben sich die Herren ziemlich still verhalten, weil sie mußten, daß alle Verträge, eine antijohannitische Gesetzgebung ins Werk zu setzen, an dem Widerstande des obersten verantwortlichen Beamten scheitern würden. Nunmehr aber haben wir wieder einen neuen Reichskanzler, und da hält man es für zeitgemäß, ihm Direktiven zu geben, insbesondere auch darüber, wie die Sozialdemokratie niederzujagen sei. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht demgemäß die Zuschrift eines inaktiven hohen Verwaltungsbeamten, in der mit herabwiegenden Worten der Regierungen Vorhaltungen gemacht werden, daß sie die Dinge gehen lassen. Sie bezweifelt, daß die jetzt geltenden Gesetze ausreichen, um gewaltsame Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu verhindern. Das Hauptbeispiel: der randalisierende Massenunruhm in Frankfurt a. M. ist nun freilich recht schlecht gewählt. Denn erstens wissen wir von Berlin her, daß die Polizei, wenn sie will, Straßen demonstrationen ganz und gar verhindern kann; und zweitens ist es auch der Frankfurter Polizei gelungen, die Demonstranten zu zerstreuen, als sie bedrohlich wurden. Der inaktive hohe Staatsbeamte fragt trotzdem: „Ja, haben sich denn die Regierungen und die Behörden noch niemals mit allem Ernst die Frage vorgelegt, wohin wir bei solchem Verhalten mit der

Monarchie, dem Staat, der Gesellschaft gelangen werden?“ Und zum Schluss der Kaffandranat:

„Behelich, wir zweiben mit Nischenritten der Resolution entgegen, aber einer Revolution, welche, wie die Geschichte bereits so oft gelehrt hat, von oben genährt wird durch das Verschlagen der Regierungen, durch die Schwäche der Behörden.“

Diesem Scharfmacher wird von der „Freisinnigen Zeitung“ in einer Weise beigeleuchtet, die des Beifalles jedes ehrlichen und besonnenen Liberalen, jedes aufrichtigen Sozialpolitikers gewiß sein kann. Das Organ der freisinnigen Volkspartei führt gegen das frivole und frevelhafte Treiben der Ultrareaktionäre folgende treffliche Argumente ins Feld:

Es kann nur darauf abgesehen sein, eine Ausnahme-gesetzgebung zu schaffen. Aber dafür sind die Zeiten längst vorbei. Nicht einmal im Parlament würde sich eine Mehrheit dafür finden, geschweige denn, daß die Wähler in ihrer Majorität dafür zu haben wären. Und das ist ganz gut so. Denn nichts wäre geeigneter, die tote Plutokratie, von deren Kraft und Dauer sich man übrigens allmählich doch gar zu übertriebene Vorstellungen macht, in Wirklichkeit auf eine ganz gewaltige Höhe anschwellen zu lassen, als wenn man einen wesentlichen Teil der deutschen Bevölkerung unter Sondergesetz stellt.

Nicht Repressionsmaßnahmen können irgend etwas nützen. Erfolgreich vertritt allein ein Eingehen auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse. Im Reich darf es nicht noch einmal vorkommen, daß Steuererhöhte geschaffen werden, die in voller Absicht die wohlhabendsten Kreise der Bevölkerung von der Abgabenschuld freilassen; andererseits bei der Volkserziehung die Verpflichtung, durch intensive soziale Arbeit die Schäden der bestehenden Steuerpolitik soweit als möglich auszugleichen; es ist allerdings kein Zufall, daß genau dieselben Punkte, denen man die Reichsfinanzreform verdankt, auch Gegner einer energischen sozialen Gesetzgebung sind. In den Einzelstaaten aber, und in erster Reihe in Preußen, muß durch ein einfaches, gerechtes Wahlgesetz das Privilegium einer kleinen Klasse aufgehoben und dem Gros der Staatsbürger der ihm gebührende Anteil an der Gesetzgebung gesichert werden. Alles andere ist Puscherei und kann nur dazu dienen, die Bedrohlichkeit zu steigern und der Sozialdemokratie Mißtrauen zuzuführen.

Mit brutalen Nachsmitteln kann die Reaktion sich vielleicht einige Jahre aufrecht erhalten, aber desto härter wird dann der Rückschlag sein. Wer es daher nicht meint mit dem Vaterland, wird entgegen einlenken und sich nicht einer Entwidlung widersetzen, die sich auf die Dauer doch nicht eindämmen und niederhalten läßt. Die von den Junkern so vorhergesagte Demotisationierung des preussischen Wahlrechts wird und muß kommen, und die Regierungen handeln verständig, wenn sie nicht auf die Scharfmacherreden der um ihre Macht besorgten Reaktionäre, sondern auf die Stimme des Volkes hören.

Diese Worte wird jeder Liberale durchaus unterschreiben, die liberalen Parteien aller Schattierungen werden in der unprejudizierten Weise abriden von den ebenso rucklosen wie tollen Plänen des inaktiven hohen Verwaltungsbeamten und seiner Genossen. Der Rat, die durch unsoziale Gesetze erzeugte Unzufriedenheit mit Gewalt zu unterdrücken, würde gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen, es wäre tatsächlich das sicherste Mittel, die herrschende Mißstimmung zu einer solchen Steidethe zu steigern, daß wir revolutionäre Ausbrüche zu gewärtigen hätten. Daher legen wir: realpolitische Einsicht, soziale Gerechtigkeit, liberales Gewissen —

Feuilleton.

Bismarck und Roggenbach.*)

(Neue Bismarck-Bücher V.)

Wie in dem preussischen Verfassungskontext, so war Roggenbach Gegner Bismarcks in der Schleswig-Holsteinischen Frage. Bismarck verfolgt jäh, fühl und verdrängen die Annexion, die ihm der Sabel seiner unfaßenden Pläne werden sollte, Roggenbach vertritt jäh, leidenschaftlich und begeistert das Erbrecht des Augustenburger. Bismarcks rücksichtslose Staatspolitik und Roggenbachs liberale Rechtspolitik stoßen hart aufeinander. Bismarck führt die Staatskrisen ins Feld, die ihn zur Annexion zwingen, Roggenbach das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes, die „rechtlichen Gründe für Augustenburg“, alle rechtlichen, sittlichen, politischen Gesichtspunkte, denen Bismarck dann wieder das „politische Moment“ entgegenstellt, das mehr hervorgehoben werden mußte. Auch in diesem Kampfe hat Roggenbach einmal in einem Briefe an Sammer vom 16. Dez. 1863 angedeutet, daß die Hoffnung, Bismarck fallen zu sehen, noch nicht ganz geschwunden sei. . . . Endlich mußte Roggenbach einsehen, daß es vergeblich sei, Bismarck von der hartnäckig verfolgten Annexion abzubringen, gleichzeitig erkannte er, daß Bismarck den Krieg mit Oesterreich nicht scheute. So änderte er seine Stellung. Er hielt an dem guten Rechte Schleswig-Holsteins und Herzog Friedrichs fest, wollte aber in der Auseinandersetzung zwischen Preußen und

Oesterreich nicht auf des letzteren Seite stehen. Wir haben schon, daß Roggenbach Bismarck die Ausschließung Oesterreichs immerhin zutraute, wenn auch nichts größeres. Darüber zerfiel er mit seinen badischen Ministerkollegen, die ein Zusammengehen mit den süddeutschen Staaten befürworteten und dazu mitbestimmt wurden durch die Abneigung gegen das gewaltthätige, verfassungswidrige Regiment Bismarcks.“ Roggenbach nahm Ende 1865 seine Entlassung, um im folgenden Jahre das gewaltige Gewicht des liberalen süddeutschen Staatsmannes von hohem Ansehen für Bismarcks antijohannitische Politik in die Bogenstraße zu legen — unter Ablehnung freilich irgendwelcher engeren Verbindung mit der Berliner Politik. Am 11. Mai 1866 schreibt er einen Brief an Rudolf von Bennigsen. Preußen allein kann das Werk der Bundesreform durchzuführen, aber nur ein freigeschaffenes Preußen und das deutsche Volk muß sich auf seine Seite stellen. Die Abneigung gegen das in Preußen herrschende System ist noch immer groß, aber er würde es bedauern, wenn das „deutsche Volk sich lieber zum Verzicht auf eine Bundesreform entscheiden würde, als zu einer solchen, wobei Bismarck mitwirkt.“ Dann kommt ein flores und großes Urteil über diesen selbst: Bismarck ist der Mann, in dem Wege für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse möglich, sein zu können, als er entschloßener ist als sein Vorgänger und als unsträflich ihm allein zu danken ist, daß der schwachmütig gewordene Staat Preußen sich zu tollkräftigen Rollen aufraffte.“ In diesem Sinne wirkte Roggenbach in Baden. Von Neuwied schrieb er dann am 1. Juli 1866 einen berühmt gewordenen Brief an Bismarck. Scharf geißelt er die schändliche Verbindung aller selbsthätigen und verlandverärrischen Leidenschaften der Mittelstaaten mit Oesterreich. Rehnlicher Frevel wie dieser von den Mittelstaaten über ihre Völker und Deutschland gedachte Bundeskrieg muß künftig

verhütet werden. Dazu muß das System des deutschen Bundes gebrochen und ein deutscher Staat gegründet werden, der stark genug ist, sich künftig dem zerlegenden Einfluß der Habsburgischen Politik des Wiener Hofes zu entziehen. Wenn Bismarck bereit ist, ganze Arbeit zu machen, festzusetzen im Kampfe, bis die wesentlichen Zielpunkte alles Ringens des deutschen Volkes seit 50 Jahren erreicht sind, dann will auch Roggenbach bedingungslos mitarbeiten für die Neugestaltung der deutschen Staatsverhältnisse. Diese männlich ersten Worte eines liberalen Deutschen haben, so urteilt Sammer, die Stimmung der freiheitlich gesinnten Patrioten in Deutschland gegenüber dem gewaltigen deutschen Staatsmann in der Stunde der Entscheidung nachhaltig beeinflußt.

Ein Verehrer Bismarcks ist Roggenbach auch in der Folgezeit nicht geworden, so eifrig und selbstlos er sich auch ferner noch am Ausbau des Reiches beteiligte. Er hatte andere politische Ideale und wünschte andere politische Methoden, als die scharfen Bismarcks. Das Urteil Roggenbachs über Bismarck wird immer klarer, und auch Bismarck urteilt hart und lieblos über den süddeutschen Patrioten. Wenn Roggenbach der auswärtigen Politik Bismarcks die verdiente Anerkennung nicht verweigert, so verurteilt er um so grundfester dessen innere Politik. Als Bismarck ihm die Verwaltung der einen Hälfte von Eloh-Votringen übertragen wollte, erklärte der süddeutsche Freiherr, er könne nicht mit ihm zusammenarbeiten, da keine Grundansatzungen über die Methode politischen Wirkens von denen des Kanzlers weit verschieden seien, er erachte für die Germanisierung der Reichsländer nicht ein forcieren, sondern gute Verwaltung mit möglichstem Unbedrückten der Bevölkerung als richtig. Es ist immer derselbe Gegenstand süddeutscher und preussischer Methode. Durchgeht hat sich die letztere, Roggenbach blieb ihr bitterer Tadler, bis er in seiner Verstimmlung alle objekt-

* Vergl. Mannheimener „General-Anzeiger“ No. 544

Die fordern gleichermaßen, den reaktionären Revolutions- treibern mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Reichsaufsicht für Arbeitsnachweise.

In dem veröffentlichten Auszuge über den kommenden Etat für das Reichsamt des Innern findet sich kein Posten zur Unterstützung der Organisation der Arbeitsnachweise. Trotzdem aber enthält, wie die „Post. Ztg.“ erzählt, der neue Etat als erstmalige Forderung einen Posten von 30 000 Mark zur Unterstützung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Hiermit läßt die Reichsregierung eine Aufgabe ein, die der Reichsfizler von Bethmann-Hollweg in der vorigen Tagung des Reichstages als Staatssekretär des Innern auf Anregung von verschiedenen Parteien gegeben hatte. Schon seit dem Jahre 1902 ist der Verband wiederholt aus Dispositionsfonds durch einmalige Zuwendungen unterstützt worden, die im letzten Jahr bereits die Höhe von 30 000 Mark erreichten. Der Verband bezieht, unter Verzicht auf eine reichsgesetzliche Regelung, Angebot und Nachfrage von Arbeitsgelegenheit dadurch zu regeln, daß er zunächst das ganze Reich mit einem Netz paritätischer Arbeitsnachweise überspannt. Sobald diese Organisationen abgeschlossen sind, soll ein Zusammenarbeiten dieser Stellen eingerichtet werden, wodurch jeder Mangel an Arbeitskräften an einer Stelle durch ein Mehrangebot an anderer Stelle sofort ausgeglichen werden kann. Hierbei sollen die Interessen von Industrie und Landwirtschaft in gleicher Weise gewahrt werden. Man darf wohl annehmen, daß auf diesem nicht bürokratischen Wege eine Förderung der Arbeitsnachweise schneller und besser herbeigeführt wird, als auf dem Wege der Gesetzgebung.

Sanktland und Mittelstand.

Ueber die angebliche „Delegierten-Versammlung des deutschen Mittelstandes“, die in Leipzig gehalten worden, sind irreführende Nachrichten verbreitet worden. Die authentischen Feststellungen des Sanktland-Bundes haben nämlich laut „Zf. Ztg.“ ergeben, daß diese Zusammenkunft lediglich auf Veranlassung von Gegnern der Leitung des deutschen Mittelstandes durch die dem Bunde der Landwirte nachstehende sächsische Mittelstand-Delegiertenversammlung einberufen worden war, und im Gegenteil zu bekannt gewordenen Presseäußerungen recht wenig eindrucksvoll verliefen ist. Nachdem die Wortführer der sächsischen Mittelstandsbereinigung in ihrem bekannten Ton sich über den Sanktland-Bund verbreitet hatten, wurde eine Resolution beantragt, in der dem Herrn Sanktland ein Tadelvotum erteilt und dem Sanktland-Bunde gegenüber volle Neutralität proklamiert wurde. Im Laufe der Debatte, in der Herr Sanktland sich mit seinen sächsischen und sächsischen Gegnern auseinandersetzte, erprobte sich dann absolute Unklarheit über die Mündigkeit der sächsischen Mittelständler, und es wurde schließlich die Frage eines zu bildenden Zentralauschusses ventiliert. Zwischen hatte man das gegen Sanktland beabsichtigte Tadelvotum zurückgezogen, was seinen schließlichen und sächsischen Gegnern besonderes Mißbehagen bereitete. Die Abstimmung endigte dann damit, daß der größte Teil der gerade Anwesenden, von denen niemand gefragt wurde, ob er überhaupt ein offizielles Mandat hätte, für eine ganz andere Fassung der Resolution eintrat, als der Antragsteller selbst. Dieser gab nunmehr selber die Erklärung ab, für seine Resolution nicht mehr Stimmen zu können, worauf eine ordnungsmäßige Abstimmung gar nicht zustande kam, zumal eine erhebliche Zahl der Anwesenden, unter ihnen die Berliner Vertreter, den Saal verließ.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

Ch. Karlsruhe, 24. Nov.

Die beiden Kammern des Landtages traten heute vormittag zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Die Zweite Kammer nahm zunächst die Vereidigung der Abgeordneten vor, welche der gestrigen Eröffnungsfeierlichkeit ferngeblieben waren. Bezüglich der ferneren Behandlung der Einläufe einigte sich das Haus dahin, daß diese nicht mehr im vollen Wortlaut verlesen werden, was früher immer eine recht erhebliche Zeit in Anspruch nahm, sondern, daß nur noch der Betreff der Einläufe mitgeteilt wird. Zu den gestern eingekommenen Wahlprotokollen sind noch weitere acht hinzugekommen, jedoch nunmehr 11 Wahlen angefochten sind, nämlich die der Abgg. Büchner (Str.), Schüler (Str.), Morgenthaler (Str.), Geppert (Str.), Rehrenbach (Str.), Schmidt-Bretten (B. d. L.), Meier (Soz.), Weiffle (Soz.), Willi (Soz.), Kahn (Soz.) und Breitenfeld (Soz.). Das Schicksal der Wahlentscheidung erleiden mithin fünf sozialdemokratische, fünf

liberalen Wahlsitze für die Größe des erfolgreichen, wenn auch rücksichtslosen Staatsmannes verlor und fast nur noch das sah, was menschlich an Otto von Bismarck war. Und auch dieses sah er oft wohl nicht mit den Augen des wägenden und prüfenden Politikers, sondern mit den Augen der persönlichen Gegner Bismarcks, die wie das Kronprinzenpaar zu den Freunden Roggenbachs gehörten. Das er auch, in diesem leidenschaftlichen Kampfe stets das Wohl des Ganzen, eines freiheitlichen Deutschlands im Auge hatte, daß seine Gegnerschaft den lautesten Motiven, der ehrlichsten subjektiven Ueberzeugung, nicht niedrigeres Streben und Neid auf den Großen entsprang — wer Roggenbachs reines patriotisches Wirken kennt, wer weiß, wie furchtlos und tapfer er für den Reichsgedanken auch gegen die Widerstände in seiner eigenen engern Heimat kämpfte, der ist ohne weiteres davon überzeugt. Der leidenschaftliche und oft auch blinde persönliche Gegner Bismarcks bleibt immer der vornehmste, wirklich überzeugte Mensch, der redliche Vaterlandsfreund. Das erkennen wir ja deutlich aus seiner Ablehnung der Anerbieten, unter Bismarck ein hervorragendes politisches Amt zu bekleiden, zu dem ihn doch sicher der starke politische Trieb seines Wesens lockte. Wer so vermag, sich selbst anzuschalten, von den besten Mannesjahren ab ins Privatleben zurückzutreten, der ist ein aufrechter Mann, der aus innerlicher Ueberzeugung handelt, auch wenn er sachlich irrt. Er war wirklich davon durchdrungen, daß Bismarcks politische Methoden das Volk geistig und sittlich verwirren und Zerlegung im Innern herbeiführten, daß dem deutschen Volk unter Bismarcks Herrschaft das klare Denken, das richtige Fühlen abhanden komme

Zentrums, und ein konservativer Abgeordneter. Die für die Wahlprüfungen geschäftsordnungsmäßig erforderlichen provisorischen Abteilungen wurden durch das Los gebildet. Vor deren Konstituierung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob zur einheitlichen Behandlung der beanstandeten Wahlen eine besondere Kommission gebildet werden soll, und nach welchen Grundsätzen die einzelnen Abteilungen bei Ueberweisung der Wahlakten an die besondere Wahlprüfungskommission verfahren sollen. Ueber die Bildung einer besonderen Wahlprüfungskommission war das Haus einig, jedoch schien es zunächst, als ob bezüglich der Grundsätze, die Anwendung bei Ueberweisung der Wahlakten an diese Kommission finden sollen, eine Einigung nicht erzielt werden könnte. Abg. Zehnter (Str.) wünschte, daß die einzelnen Abteilungen die Wahlakten an die besondere Kommission dann zu überweisen hätten, wenn 1. die Wahl angefochten worden ist, 2. in subjektiver Beziehung ein Grund zu Anfechtung der Wahl vorliegt und 3. wenn für die Abteilungen sonst noch ein Grund aus den Wahlakten zur Beanstandung der Wahl gegeben ist. Die Redner der übrigen Fraktionen dagegen wünschten, daß die Wahlakten der besonderen Wahlprüfungskommission dann überweisen werden sollten, wenn ein Wahlprotest vorliegt und dann, wenn die Kommission einen dahingehenden Beschluß faßt. Dieser Antrag gibt den einzelnen Abteilungen eine größere Selbstständigkeit als sie der Antrag Zehnter gewähren will. Nach einer überflüssig langen Debatte wurde schließlich die letztere Anregung als Antrag Kopf einstimmig angenommen. Eine Abstimmung über die Frage, wann die Konstituierung der Kommission stattfinden soll, wurde dagegen nicht vorgenommen. Nach einer zweiwöchentlichen Pause berichteten die Vorsitzenden der einzelnen provisorischen Abteilungen über die vorgenommenen Wahlprüfungen. Sämtliche Wahlen werden für gültig erklärt mit Ausnahme der angefochtenen 11 Wahlen, die der besonderen Kommission überwiesen wurden.

Die Erste Kammer wurde durch eine Ansprache des Präsidenten Prinz Max eröffnet, der auf die Schwierigkeiten der neuen Ausgaben des Landtages hinwies und auf die Verpflichtung der sämtlichen gesetzgebenden Faktoren, dem Vorbild des jetzigen Großherzogs nachzueifern und im gleichen, ernsten Sinne an die gestellten Aufgaben heranzutreten. Die Wahlen zur Ersten Kammer werden von der Wahlprüfungskommission sämtlich für gültig erklärt. Der inzwischen verstorbenen Mitglieder des Hauses gedenkt Prinz Max in ehrenvollen Worten; Präsident Lemald fügt dem Nachruf auf Minister Schenk noch einige warme Worte des Gedenkens an seinen persönlichen Freund bei. Besonders gedenkt Lemald der hervorragenden Mitwirkung Schenkels an der Verfassungsreform von 1904, und hebt anerkennend hervor, daß er die Linksparteien zur praktischen Mitarbeit im Staatsleben heranzuziehen verstand. Nach der Wahl der Kommissionen wurde die Sitzung geschlossen.

2. Kammer. — 1. Sitzung.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

Karlsruhe, 24. Novbr.

Altpräsident Morgenthaler eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Minister des Innern Hr. v. Bodmann und Ministerialdirektor Dr. Glöckner.

Der Eintritt in die Tagesordnung werden die gestern abwesenden sozialdemokratischen sowie der gleichfalls gestern fehlende Abg. Müller (Dem.) verzeiht.

Präsident Morgenthaler legt an, die eingelaufenen Anträge erst zu verlesen, wenn das Präsidium definitiv beschließt.

Abg. Zehnter (Str.) zur Geschäftsordnung legt an, daß die Anträge künftig nicht mehr im Wortlaut vorgelesen werden.

Abg. Geck (Soz.) ist gleichfalls damit einverstanden, wünscht aber, daß die jetzt eingelaufenen Anträge bereits heute verlesen werden.

Abg. Rebmann (Nat.) stellt sich auf den Boden der Wünsche.

Das Haus schließt sich dem Wunsche nach sofortiger Verlesung der Einläufe an, jedoch nur unter Bezeichnung der betreffenden Gegenstände.

Wahlproteste.

Nurher den bereits gestern mitgeteilten 3 Wahlprotesten sind noch folgende Wahlproteste eingegangen. Gegen die Wahl:

- 4. des Abg. Weiffle (Soz.) 55. Wahlkreis Heidelberg-Wiesloch;
- 5. des Abg. Schüler (Str.) 22. Wahlkreis Freiburg-Emmendingen;
- 6. des Abg. Morgenthaler (Str.) 61. Wahlkreis Odenwald-Heilbrunn;

und damit die Grundlagen einer gelunden und freiheitlichen Entwicklung zerstört würden. Bismarck wird ihm zu einem von Herrschsucht und Leidenschaft, von unbestreitbarem Verfolgungswahn gelagten Menschen, der ohne festen Boden bald diesen bald jenen Gedanken — Grillen nannte Roggenbach es — verfolgt, dem in schlaflosen Nächten sonderbare Einfälle als Hilfsmittel des wirtschaftlichen Elends durch den Schädel ziehen, die fort und fort die Grundlagen eines geänderten Erwerbes erschüttern. Je größer Roggenbachs Verdienst um die Einigung Deutschlands ist, um so mehr werden wir diese totale Verkennung der Persönlichkeit und des Wirkens Bismarcks bedauern, bedauern, daß die Lastkraft und Einsicht des süddeutschen Freiherren dem neuen deutschen Reich verloren ging, der schäferlich auch weiter so Großes hätte leisten können, wie bei der Gründung der Straßburger Universität, wenn er nicht — jugendbeunruhigender als eblischer und ritterlicher Mann — in eine rein negative Kritik sich tiefer und tiefer hineingelockt hätte. Die Geschichte wird über Bismarcks innere Politik ein anderes Urteil fällen, sie hat es schon gefällt. Diese Politik hatte ihre starken Schattenseiten und ist nicht grundständig gefestigt gegen die Kritik, im ganzen aber hat sie doch nicht destruktiv, sondern aufbauend und aufbauend gewirkt. Und Bismarck hat doch klarvoller am inneren Ausbau des Reiches gearbeitet als Roggenbach es anerkennen wollte, oft reizbar, launenhaft und für seine Umgebungen am Hofe und in den Ministerien schwer zu ertragen, aber doch nicht so grüßlich, planlos und nervenkrank, wie die Leidenschaft seiner Gegner es sah. (Schluß folgt.)

- 7. des Abg. Geppert (Str.) 52. Wahlkreis Odenwald-Oberkirch-Oberkirch;
- 8. des Abg. Weiffle (Soz.) 43. Wahlkreis Karlsruhe Stadt 3;
- 9. des Abg. Rehrenbach (Str.) 18. Wahlkreis Freiburg-Stadt 1;
- 10. des Abg. Kahn (Soz.) 56. Wahlkreis Schwellingen;
- 11. des Abg. Breitenfeld (Soz.) 12. Wahlkreis Lörrach-Land;

Außerdem ist noch ein Wahlprotest in Ergänzung des gestrigen gegen die Wahl des Abg. Maier (Soz.) im 68. Wahlkreis Heidelberg-Oberbach eingelaufen.

Es werden hiernach die 5 provisorischen Abteilungen, denen die Prüfung der Wahlproteste obliegt, durch das Los gebildet.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Rebmann (Nat.) greift eine Anregung des Abg. Zehnter vom letzten Landtage auf, daß sämtliche beanstandeten Wahlen einer eigens zu diesem Zwecke zu bildenden Kommission von 9 Mitgliedern übertragen werden. Bei den letzten Wahlprüfungen hätte es sich als großer Mifftand erwiesen, daß die eine Kommission den einen Punkt des Wahlprotokolls für erheblich, die andere aber für unerheblich erachtete.

Abg. Zehnter (Str.) schließt sich namens seiner Fraktion dem Antrage Rebmans an, wünscht aber eine Verständigung darüber, unter welchen Voraussetzungen eine Kommission die Wahlakten an die besondere Kommission abgeben soll. Rebmann wünscht in dieser Beziehung die analoge Anwendung der hier einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Reichstages.

Abg. Geck (Soz.) glaubt, daß durch die Weitergabe der Wahlakten an eine besondere Kommission eine Verschleppung der Wahlprüfungen leicht eintreten könnte. Gleichwohl wisse er sich mit den hier vorgetragenen Grundsätzen über die Behandlung der Wahlprüfungen einig. Solange aber die Geschäftsordnung des Landtages zu Recht bestehe, müsse die Souveränität der einzelnen Abteilung anerkannt werden. Die einzelne Kommission soll also von sich aus entscheiden, welche Wahlakten sie der besonderen Kommission abgeben will, und welche nicht. Die Wahlakten sollen aber der besonderen Kommission direkt überwiesen werden.

Abg. Dr. Heimbürger (Dem.) schließt sich den Ausführungen Gecks an und wünscht, daß die Konstituierung des Hauses erst eintritt, wenn wenigstens einmal über die beanstandeten Wahlen dem Hause berichtet worden ist.

Abg. Dr. Zehnter (Str.) wünscht nicht, daß die Konstituierung des Hauses solange hinausgeschoben wird, vielmehr sollte diese sofort nach erledigter Prüfung der Wahlakten vorgenommen werden.

Abg. Rebmann (Nat.) ist damit einverstanden, daß die vom Abg. Zehnter für die Wahlprüfungen aufgestellten Normen angenommen werden. Bezüglich der Konstituierung des Hauses tritt der Redner der Meinung Heimbürgers bei.

Minister Hr. v. Bodmann hat gegen die Bildung einer besonderen Kommission und die hierbei zu beobachtenden Grundsätze keine Einwendungen zu erheben.

Abg. Dr. Frank (Soz.) wünscht, daß das Haus darüber beschließt, ob die einzelnen Kommissionen bei Ueberweisung der Wahlakten an die besonderen Kommissionen gebunden sein sollen, an die vom Abg. Zehnter entwickelten Grundsätze, oder ob sie hierüber souverän beschließen können.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Zehnter, Rebmann, Heimbürger, Frank, Kohl und Kopf wird die Abstimmung vorgenommen.

Das Haus einigt sich auf den Antrag, daß erstens eine besondere Kommission gebildet wird und zweitens, daß diese Kommission die Wahlakten von den provisorischen Abteilungen überweisen werden, a) wenn ein Wahlprotest vorliegt, b) wenn die Kommission aus anderen Gründen einen dahingehenden Beschluß faßt.

Das Haus vertagt sich um zwei Stunden, zwecks Konstituierung der provisorischen Abteilungen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung macht Abg. Zehnter (Str.) die Mitteilung, daß sich die einzelnen Fraktionen dahin verständigt haben, die besondere Wahlprüfungskommission aus 9 Mitgliedern zu bilden und zwar aus den Abgeordneten: Dr. Zehnter (Str.), Kopf (Str.), Rehmans (Str.), Schmidt-Karlsruhe (Str.), Rebmann (nat.), Dr. Koch (nat.), Bensch (Dem.), Dr. Frank (Soz.) und Geck (Soz.).

Das Haus ist damit einverstanden.

Wahlprüfungen.

Abg. Dr. Frank (Soz.) berichtet namens der 1. provisorischen Abteilung über die ihr zur Prüfung überwiesenen Wahlen. Für unbeanstandet werden erklärt die Wahlen in:

- 20. Freiburg-Stadt, Abg. Göhring (nat.);
- 24. Emmendingen-Land, Abg. Henninger (Str.);
- 27. Land-Oberkirch, Abg. Heimbürger (Dem.);
- 28. Wolfach-Oberkirch, Abg. Geppert (Str.);
- 29. Odenwald-Land, Abg. Müller (Dem.);
- 34. Odenwald-Land, Abg. Schumacher (Str.);
- 35. Odenwald-Land, Abg. Köhler (nat.);
- 39. Odenwald-Land, Abg. Schumacher (Soz.);
- 40. Karlsruhe Stadt I, Abg. Rebmann (nat.);
- 48. Odenwald-Land, Abg. Geck (Soz.);
- 49. Odenwald-Land, Abg. Stodinger (Soz.);
- 50. Bruchsal-Durlach, Abg. Kurz (Soz.).

Als beanstandet werden der besonderen Kommission folgende drei Wahlen überwiesen, gegen die Wahlproteste vorliegen:

- 1. Konstanz-Waldzell, Abg. Büchner (Str.);
- 31. Odenwald-Land, Abg. Morgenthaler (Str.);
- 68. Heidelberg-Oberbach, Abg. Maier (Soz.).

Abg. Dr. Heimbürger (Dem.) berichtet namens der 2. Abteilung. Für unbeanstandet wurden erklärt die Wahlen in:

- 47. Odenwald-Land, Abg. Odenwald (Soz.);
- 10. Eppingen-Strasbourg, Abg. Dietrich (Str.);
- 66. Eppingen-Strasbourg, Abg. Geiger (nat.);
- 9. St. Blasien-Waldzell, Abg. Blümmel (Str.);
- 17. Triberg-Willingen, Abg. Diefner (Str.);
- 26. Triberg-Willingen, Abg. Hummel (Dem.);
- 14. Rühlheim-Strasbourg, Abg. Rogner (nat.);
- 13. Schopfheim-Schnau, Abg. Müller (Soz.);
- 23. Emmendingen, Abg. Weiffle (nat.);
- 21. Waldkirch-Freiburg, Abg. Reinhardt (Soz.);
- 30. Rühl-Freiburg, Abg. Säger (nat.);
- 38. Rühl-Freiburg, Abg. Schmidt-Karlsruhe (Str.);
- 60. Mannheim III, Abg. Vogel (Dem.).

Als beanstandet wurden der besonderen Kommission folgende zwei Wahlen, gegen die Wahlproteste vorliegen, überwiesen:

- 32. Odenwald-Land, Abg. Geppert (Str.);
- 55. Heidelberg-Wiesloch, Abg. Weiffle (Soz.).

Volkswirtschaft.

Wannheimer Aktienbrauerei, Wannheim.

Die heute vormittag im Gesellschaftslokale stattgefundene Generalversammlung genehmigte sämtliche Punkte der Tagesordnung einstimmig und erteilte den Verwaltungsgliedern Entlastung. Die Dividende gelangt jenseit mit 8 Prozent wie im Vorjahre zur Auszahlung.

Der Wasserstand des Rheines

geht weiter zurück und ist in den letzten 2 Tagen am Bingerer Begei um fast einen halben Meter gefallen. Dabei gehoberte sich der Hochverkehr bis Ende der letzten Woche noch recht lebhaft, ist aber seit Sonntag für das laufende Jahr geschlossen.

Maschinenfabrik Weingarten vorm. Heinrich Schach, A.-G.

Nach dem Geschäftsbericht habe das Unternehmen unter der Ungunst der allgemeinen Lage der Industrie und besonders der Eisenindustrie zu leiden. Der Umsatz konnte zwar etwas gesteigert werden, doch ließ sich das Betriebsergebnis bei den fortgesetzten weichen Preisen nicht auf der Höhe des Vorjahres halten.

Auflösung einer Gewerkschaft.

Die Tagesordnung der Generalversammlung der Gewerkschaft Groß Rastke enthält u. a. die Beschlussfassung über Auflösung der Gewerkschaft.

Die Oberhägerische Kalkwerke und Zementfabrik chemischer Produkte A.-G. beruft eine Generalversammlung zwecks Beschlussfassung über die Liquidation.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Wertheimer u. Co., Wädlingen wird von dem Konkursverwalter Rechtsanwalt Weil mitgeteilt, dass sich der Betrag der angemeldeten Forderungen auf 3441205.42 M. beläuft. In dieser Summe ist jedoch eine Reihe Forderungen enthalten, die doppelt angemeldet sind.

Die Georg Gerlach u. Co. A.-G. in Berlin beruft eine Generalversammlung zwecks Beschlussfassung über Abänderung des Erhöhungsbeschlusses vom 6. Februar er. und Genehmigung eines Bebauungsplanes für das Terrain in der Heringsdorferstraße.

Vom Kalisudafidat. Der erweiterte Aufsichtsrat des Kalisudafidats dürfte demnächst wieder zusammenzutreten und nach dem „Berl. Börz.-Cour.“ bis Ende der Woche tagen. Der Generaldirektor der International Company, Herr Meadows, soll hier eingetroffen sein.

Telegraphische Handelsberichte.

Paris, 24. Nov. Nach der Cote Europäenne soll sich ein englisch-türkisch-ägyptisches Syndikat gebildet haben zur Erneuerung des türkischen Tabakmonopols auf veränderter Grundlage und Verjüngung der hauptsächlichsten ägyptischen Tabakfirmen.

London, 24. Nov. Die Kräftigung des Panfschulds rechtfertigt eine Diskontenmäßigung wenigstens auf 4 1/2 Prozent. Demnach scheint es der „Ref. Jg.“ zufolge möglich, ob angeht die unklaren innenpolitischen Lage und der Ungewissheit bezüglich der finanziellen Maßnahmen eine Reduktion erfolgt.

Der Bierablag ist unter dem bekannten für die Brauerei-Industrie ungünstigen Verhältnissen von 1908-09 seit Jahresbericht erheblich zurückgegangen. Der Reingewinn beträgt 2394 Mf. (gegen 3094 Mf. i. V.), die Dividende 1 Prozent (gegen 1 1/2 Prozent i. V.).

Darmstadt, 24. Nov. Nach diesen Meldungen soll die Abicht bestehen, das Diehlische Brauereianwesen in Darmstadt in eine Gesellschaftsbrauerei umzuwandeln, an der sich u. „Ref. Jg.“ angeblich zahlreiche Gastwirte in Darmstadt und aus der Umgegend beteiligen sollen.

Frankfurt, 24. Nov. Unter dem bekannten Vorbehalt berichtet die „Ref. Jg.“, dass für Königsborn A.G. für Vergütung, Salinen- und Solbad-Betrieb in Königsborn bei angemessener Abschreibung und Einlage die Auszahlung einer Dividende von 10 Prozent (gegen 13 Proz. i. V.) für das laufende Geschäftsjahr in Aussicht genommen werden kann, vorausgesetzt, dass die letzten Monate nicht noch irgendwelche außergewöhnliche Störungen bringen.

Gründung eines Drahtistiftensyndikats.

m. Köln, 24. Nov. In der vorigen Woche fand hier eine Versammlung von Vertretern der Drahtistiftfabriken behufs weiterer Beratung über die Gründung eines Drahtistiftensyndikats statt. In derselben waren 100 Werke vertreten. Nach herrschender Syndikatsfähigkeitsstimmung. Der Eindruck der Teilnehmer war, dass das Syndikat so gut wie gesichert erscheint.

München, 24. Nov. Die Aktiengesellschaft Brauerei zum Oberl. Haber in München verteilt keine Dividenden, da von dem Reingewinn von 145 171 M. 60 000 M. zur Bildung eines Spezialreservefonds, 20 000 M. zu Extrazuschreibungen und 24 000 Mf. auf Gläubigerleistungen verwendet werden sollen.

Dresden, 24. Nov. Der Aufsichtsrat der Brauerei Gottl. Buchmann u. Co., Erfurt, schlägt der „Ref. Jg.“ zufolge 5 1/2 Prozent (i. V. 6 Prozent) Dividende vor.

Hannover, 24. Nov. Der Aufsichtsrat der Vereinsbrauerei Herrenhausen, Hannover, schlägt lt. „Ref. Jg.“ 12 Prozent (i. V. 14 Prozent) Dividende vor.

Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“.

Stettin, 24. Nov. Von der heutigen außerordentlichen Versammlung der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“ wurde die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals von 5 Millionen durch Ausgabe von 5000 auf den Inhaber lautender, am 1. Januar 1910 gewinnberechtigten Aktien zum Kurs von 170 Prozent unter Ausschließung des gesetzlichen Bezugsrechtes genehmigt.

A. Riechschke Montanwerke A.G. Berlin.

Berlin, 24. Nov. In der heutigen Aufsichtsratsitzung der A. Riechschke Montanwerke A.G. wurde über die Ergebnisse der mit dem 30. September er. abgelaufenen ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres berichtet. Danach hat zwar das Geschäft in Kohlenprodukten und Kohlen durch die Konkurrenz der neu entstandenen Werke eine Einbuße erlitten; diese Wirkung ließ sich aber weiter zu beschränken. Die weniger günstigen Ergebnisse des Kohlengeschäftes fanden aber bisher durch den erhöhten Absatz in den Kohleprodukten einen Ausgleich.

Londoner Börsennotierungen.

London, 23. Nov. Die Börsennotierungen eröffnete sich bei guter Beteiligung. Berlin's Notierungen pari bis 6 Prozent niedriger, Großhandels pari bis 5 Prozent höher, Kapazitäts pari bis 5 Prozent niedriger, alles gegen Schluss.

Wien, 23. Nov. Die Reichsbank Central Railroad Company wurde von der Aufsichtsbörse zur Ausgabe von 448 880 Aktien à 100 Dollars zu pari ermächtigt. Von dem sich ergebenden Betrage sollen 221 946 615 Dollars zur Einlösung der zehnjährigen dreiprozentigen Geldnoten, welche am 10. Februar 1910 fällig sind, und der Rest für Verbesserungen verwendet werden.

Mannheimer Effektenbörse.

Am 24. November. (Offizieller Bericht.) An der heutigen Börse erfolgte ein Abschlus in Rhein. Schuldertiteln zu 119 Prozent. Ferner waren begeben: Oberleitn. Versicherungs-Aktien zu 600 Mark pro Stück, Portland-Zementwerke, Heidelberg zu 152 Prozent und Sächsisches Drahtindustrie-Aktien zu 133 Prozent.

Table with columns for Obligationen, Pfandbriefe, Städte-Anleihen, Industrie-Obligationen, and other financial instruments with their respective prices and yields.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 24. Nov. Fondsbörse. Die von den Auslandsbörsen vorliegenden, wenig Anregung bietenden Meldungen und die geringe Umwälzung der Kapitalmärkte sowie die sich widersprechenden Nachrichten über den Abschluss in Bildung der internationalen Kreditlinie haben an die Stimmung des Marktes ohne Einfluss, weil die gehoberte Lage am internationalen Geldmarkt, im Verein mit der unverändert sich verhaltenden Verbesserung unserer heimischen Wirtschaftslage der Spekulation zu Neuanregungen Anreize bieten.

Berlin, 24. Nov. (Annanas-Runde.)

Table with columns for Annanas-Runde, listing various items and their prices.

Berlin, 24. Nov. (Sparmarkt.)

Table with columns for Sparmarkt, listing various stocks and their prices.

W. Berlin, 24. Nov. (Telegr.) Nachrichten.

Table with columns for W. Berlin, 24. Nov. (Telegr.) Nachrichten, listing various news items.

Pariser Börse.

Table with columns for Pariser Börse, listing various stocks and their prices.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for Londoner Effektenbörse, listing various financial instruments and their prices.

Wiener Börse.

Table with columns for Wiener Börse, listing various stocks and their prices.

Berliner Produktenbörse.

Table with columns for Berliner Produktenbörse, listing various commodities and their prices.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 24. Nov. (Fondsbörse.) Der Verkehr an der heutigen Börse gestaltete sich bei Öffnung mangels Anregung wieder sehr still, sowie weitere starke Schwankungen überwiegend, an der New Yorker Börse beeinflusste Tendenz. Der Rückgang der Kupferwerte verjüngte und ließ keine Belebung für Amerikawerte aufkommen.

Weld zurückgingen. Chemische Werte behauptet. Maschinenfabriken fest. Das Geschäft in den Aktien unserer Großbanken war ruhig, doch ist gut behauptete Tendenz vorherrschend. Diskontokommandit besser. Kreditaktien schwächer im Anschluß an Wien. Transportwerte luftlos. Staatsbahn und Lombarden behauptet. Baltimore-Ohio unverändert. Schiffahrtsaktien haben an Interesse wesentlich abgenommen. Montantwerte zeigten bei leichten Anzeichen der Kurse ziemlich Belebung im Hinblick auf die Meldungen von den ersten Versuchen einer neuen Verhandlungsbildung. Auf dem Rentenmarkt erhöhten die heimischen Anleihen zum Teil ihren Kurs, Russen fest. Ungarische Renten fester. Türkenlose schwächer. Der hiesige Privatdiskont erniedrigte sich um ein Sechstel Prozent auf vier Fünftelprozent. Im weiteren Verlauf machte sich weitere Geschäftstätigkeit bemerkbar, doch konnten sich die Kurse gut behaupten. Die Nachbörse war allgemein still und behauptet. Es notierten Kreditaktien 200.10, Diskontokommandit 197.10, Dresdener Bank 158.10, Staatsbahn 158, Lombarden 23.90, Baltimore Ohio 116.70, Bezugsrecht auf Aktien der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft 0.40 bezahlt.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for location (London, Paris, etc.), date (23, 24), and price. Includes sub-sections for Reichsbank-Diskont, Staatspapiere, and Aktien industrieller Unternehmungen.

Table of stock prices for industrial companies (Aktien industrieller Unternehmungen) including various banks and manufacturing firms.

Table of Bergwerksaktien (Mining Stocks) listing prices for various coal and metal mines.

Table of Aktien deutscher und ausländischer Transportlinien (German and foreign transport lines) including shipping and railway companies.

Table of Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen (Mortgage and priority bonds) with interest rates and prices.

Table of Bank- und Versicherungs-Aktien (Bank and insurance stocks) listing various financial institutions.

Frankfurt a. M., 24. Nov. Kreditaktien 209.— Diskontokommandit 197.—, Darmstädter 13.75, Dresdener Bank 158.—, Hansabank 180.10, Deutsche Bank 247.50, ...

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; für Kunst und Belletristik: Georg Christmann; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Zenz.

Möbel-Ausstellung advertisement for Friedrich Rötter, featuring furniture and interior design services.

Zwangsversteigerung (Compulsory auction) notices regarding property and goods, including dates and locations.

Backwunder-Kuchen advertisement featuring a list of agents and a list of names in two columns.

Persil advertisement with the text 'Das vollkommenste, wirklich selbsttätige Waschmittel' and the Henkel & Co. logo.

Peter Deuss P1,7 advertisement featuring an illustration of a fish and text about fishing and fish products.

Vereinigte Eisbahnen advertisement for Friedrichspark and Lawn-Tennis-Plätze, detailing membership and ticket information.

Bitte zu lesen! (Please read!) advertisement regarding a cleaning service for furniture and other household items.

Breitestr. 113
zwischen Kaufhaus
u. Schloss.

Hof-Pelzhandlung
Guido Pfeifer
Telephon 1396.

Spezialhaus für Pelzwaren jeder Art u. Preislage:
Stolas — Jackets — Colliers
in grösster Auswahl, fertig und nach Mass.
Saison-Neuheiten und Umarbeitungen.
Auswahlsendungen.



Öffentliche Versteigerung.
Donnerstag, 25. Nov. 1909,
nachmittags 2 Uhr
werde ich gem. § 373 G.-G.-
P. im Industriehofen
(Erdbeer-Straße 1 am
Eisenbahnviertel)
4 Waggons gem. u. nachfol.
engl. Kohlen II
öffentlich gegen bare Zah-
lung versteigern.
Mannheim, 21. Nov. 1909.
Elliott,
Gerichtsvollzieher.

Ich habe mich hier als
Rechtsanwalt
niedergelassen.
Mein Bureau befindet sich 21291
204, 16, 1 Treppe.
Rechtsanwalt Friedrich Jacobi
Telephon Nr. 145.

Zwangs-Versteigerung.
Donnerstag, 25. Nov. 1909,
nachmittags 2 Uhr
werde ich im Landstad hier
Q. 4, 5 gegen bare Zahlung im
Publicationswege öffentlich ver-
steigern:

- 1 Klavier, 1 Salon-Gitarre,
1 Klavier, 1 Schach-
maschine, 1 Schach-
maschine, 1 Schach-
maschine, 1 Schach-
maschine und 1 Brief-
kasten, 24. Nov. 1909.

Köllinger, 21290
Seit 1860 öffentl.

Flotter Zeichner
Euchig, Strickmaschinen,
das gut lochen kann für sol-
che und ordentlich, Alleinmädchen,
das etwas lochen kann, auf
1. Tr. gel. Bureau Widener-
häuser, N. 4, 1. Tr. 21268

Pfeiffer & Diller's Kaffee-Essenz
Ist seit Jahrzehnten der beliebteste Kaffeezusatz; bleibt stets lose,
wird nie hart, ist lange haltbar und sparsam im Gebrauch.
Überall erhältlich in Dosen und Paketen.

Johannes
Falck
Kaufhaus · Bogen 37
Reste
Gewicht

Echtes Tannin-Kopfhairwasser
Oja-Präparate, Crème Simon,
Zuckkoh-Crème und -Seife,
Französische und englische Parfümerien,
Kämme, Schwämme, Bürsten,
Toilette- und Sparkern-Seifen,
Putzschwämme und Fensterleder,
prima Stearinkerzen u. s. w.

en gros □ en détail
Otto Hess E 1, 16 Aufgang
Haustür

Petroleum-Glählicht
komplett Mk. 5.—
Leuchtkraft 80 Kerzen,
passend auf jede Lampe,
brennt heller wie Gaslicht,
deshalb fort mit dem alten
Petroleum-Brenner.
Ölverbrauch 1/4 Pfg. stündlich
Unter Garantie für tadelloses
brennen. 3160

Fischhalle Nordsee
Grösste Spezial-See Fisch-
Handlung am Platze
nur **S 1, 2, Breitestrasse**
Telephon 2104
Wir empfehlen täglich frisch,
Verkauf an jedem Tage:

frischen Kabeljau ohne Kopf à Pfund 30 Pfg.	Seelachs	30
Seenecht	45	
Helg. Schellfisch gross	45	
mittel	35	
Schellfisch ohne Kopf	40	
Braichschellfisch à PM. 20, 3	55	
Seeforellen	20	
Bratsc rollen, kl. 20, gr.	40	
Rotzungen	65	
gewässerten Stockfisch	25	
Heilbutt im Anschn.	80	
frischen rotf. eisch. Salm	1.20	
lebende Karpfen	1.10	
frische Blaufelchen	1.60	
frische Seemuscheln		

ff. geräucherte Fiussaale, Salm im Auf-
schnitt, geräucherte Schellfische, geräuch.
Seelachs, Rollmöps, Bismarckhering etc.
zu billigsten Tagespreisen.
Täglich frisch gebackene Fische in beliebiger Güte.
Kochrezepte jederzeit gratis, auch für Nichtkäufer!

Geldverkehr
Hypothekengelder
nach amtlicher und privater Schätzung
auch für industrielle Werke
zu günstigen Bedingungen vermittelt 4786
Egon Schwartz
Bankvertretung für Hypotheken. — Liegenschafts-Vermittlung,
Friedrichsring T 6, 21 Telephon 1734.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Remington
Schreibmaschinen-Schule
Gründliche Ausbildung,
Separate Diktat-Kurse,
Kostenlos Stellensuche,
Jederzeit Stellen offen,
da die Remingtons überall
in Gebrauch sind.
Glogowski & Co.
Heldelbergstr. 11
0 7, 5.

Hauszinsbücher
In beliebiger Stück-
zahl zu haben in der
Dr. H. Haas'schen Druckerei
G. m. b. H.

O. Plass & Co.
Fabriklager D 6, 7/8.
Versand nach Auswärts
gegen Nachnahme.
Schreibmaschine Bar-Zof
Südlich abzugeben. 1232
C 3, 4, 3 Treppen.
Entlaufen
Portier Rüd, mit schwarzem
Schwanz u. Rüdfein-
faden entlaufen. Rückkehr
Holzgartensstr. 32, part. v.
14229

Amfliches

Vertändigungsblatt

für den Amtsbezirk Mannheim.
Abonnementspreis pro Vierteljahr Mt. 1.—

Mannheim, den 24. November 1909.
No. 98.

Scheinnahme.
Der besagte Scheinnahme ist ein falsches Dokument, das in der Sache nicht existiert. Der Schuldner hat die Scheinnahme nicht unterschrieben und ist nicht verpflichtet, sie zu bezahlen. Die Forderung ist nicht durch die Scheinnahme entstanden und wird durch die gerichtliche Entscheidung nicht anerkannt. Die Kosten der Verteidigung trägt der Kläger. (Urteil vom 17. Nov. 1909.)

Scheinnahme.
Der besagte Scheinnahme ist ein falsches Dokument, das in der Sache nicht existiert. Der Schuldner hat die Scheinnahme nicht unterschrieben und ist nicht verpflichtet, sie zu bezahlen. Die Forderung ist nicht durch die Scheinnahme entstanden und wird durch die gerichtliche Entscheidung nicht anerkannt. Die Kosten der Verteidigung trägt der Kläger. (Urteil vom 17. Nov. 1909.)

Scheinnahme.
Der besagte Scheinnahme ist ein falsches Dokument, das in der Sache nicht existiert. Der Schuldner hat die Scheinnahme nicht unterschrieben und ist nicht verpflichtet, sie zu bezahlen. Die Forderung ist nicht durch die Scheinnahme entstanden und wird durch die gerichtliche Entscheidung nicht anerkannt. Die Kosten der Verteidigung trägt der Kläger. (Urteil vom 17. Nov. 1909.)

Scheinnahme.
Der besagte Scheinnahme ist ein falsches Dokument, das in der Sache nicht existiert. Der Schuldner hat die Scheinnahme nicht unterschrieben und ist nicht verpflichtet, sie zu bezahlen. Die Forderung ist nicht durch die Scheinnahme entstanden und wird durch die gerichtliche Entscheidung nicht anerkannt. Die Kosten der Verteidigung trägt der Kläger. (Urteil vom 17. Nov. 1909.)

